

europäischen Lösung nicht näher. Es zeigt sich am tiefen Graben zwischen London und Berlin, wie Verfahren der Karren ist.

Hinzukommen die Klüfte zwischen Nord und Süd, wenn es um das richtige Haushalten, sowie zwischen West und Ost, wenn es um die vielzitierte Moral geht. Die EU reduziert sich zusehends auf Berlin und damit auf das deutsche Kanzleramt, von wo so mancher Unfug, wie etwa das Türkei Flüchtlingsabkommen, auf die EU-Agenda gesetzt wird. Damit erhält der Autokrat Erdoğan freie Hand für seinen Verfolgungswahn, und Brüssel lebt in gefährlicher Liaison. Scheinheilig ist tatsächlich vieles, was die EU im Mittelmeer versucht.

Die Realpolitik hat ihre Wiege nicht in Mitteleuropa, sondern bei Handelsmächten, wie den Briten. Es geht um einen klaren Blick auf die Wirklichkeit und das Machbare. Genau dies lässt aber die EU, die lange von französischer Verwaltungsmaschine und nun deutscher Weltverbesserei bestimmt wird, in brisanten Fragen vermissen.

Hehre Absichten

Der jüngst vorgebrachte Vorschlag der Kommission, Migrationskooperationen mit afrikanischen Staaten zu schließen und hierfür über 30 Milliarden Euro auch über private Investoren bereitzustellen, um mit Zuckerbrot und Peitsche die Migration aus den bevölkerungsreichen Ländern zu kontrollieren, wiederholt alte Blaupausen. Die EU-Assoziierungsabkommen, die im Zuge des Barcelona-Prozesses 1995 umgesetzt wurden, scheiterten am fehlenden Verständnis der Zuständigen in der EU für die jeweiligen innenpolitischen Verhältnisse.

Die hehren Absichten, die an einen Marshall-Plan für den Mittelmeerraum erinnerten, wurden letztlich 2011 von den arabischen Revolten überrollt. Für Afrika hat man in Brüssel noch den mitleidigen Blick auf die Hungrigen, die das Ende des Kolonialismus nicht verkraften konnten. Dabei vergessen die Autoren dieser Vorschläge, dass Afrika seit geraumer Zeit im

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien. Sie war 1991/1992 Studentin an der ENA. 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können“ (2007); „Mein Naher Osten“ (Braumüller, 2014).

[Privat]

Umbruch ist. Die Entwicklungszusammenarbeit, oft Exportgarantie für den Norden, aufzustocken, ist ein Holzweg.

Almosen sind nicht die Antwort

Ebenso wenig wird man private Investoren verpflichten können, in einem schwierigen Umfeld zu investieren, wenn zugleich die ebenso weltfremd strikten EU-Regulierungen kaum unternehmerisches Risiko innerhalb der EU zulassen.

Brüssel hat verschlafen, dass China als wesentlicher Investor in Afrika am Anstieg eines neuen Mittelstands seinen Anteil hat, aber ebenso die aktuellen Verwerfungen verursacht. Der asiatische Rohstoffhunger bewirkte das Wirtschaftswunder der letzten Dekade, die 2014 zu Ende ging. Bis vor Kurzem emigrierten mehr Europäer ins ölfreiche Angola als umgekehrt. Entsprechend schwierig war es, ein Visum für Angola zu erlangen.

Nun zwingen die Preisbaissen und die neuerlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, den oft Asiaten zu Dumpinglöhnen beherrschen, die Babyboomer zum Auswandern. Hinzukommen Klimaflüchtlinge vom Horn von Afrika und der Sahelzone.

Dass Europa und nicht der Nahe Osten die Flüchtlingsdramen bestimmen wird, haben einige begriffen. Doch europäische Almosen in Form von Entwicklungsgeldern sind nicht die Antwort. Ebenso wenig hilft die tägliche Rettung aus Seenot, wie eine Studie der Universität von Palermo zeigt, da sie das Schleppergeschäft anheizt. Vielmehr geht es darum, geregelte Reisebewegungen zu ermöglichen.

Europas Umbau zur Festung

Hierfür werden sich kaum gemeinsame europäische Lösungen finden. Vielmehr geht der Trend in Richtung regionale Zusammenarbeit, wie die Sperre der Balkanroute zeigt, und auch bilaterale Interessen. Es war einmal möglich, auf einem Konsulat eine Einreise zu beantragen, ob als Student, als nachweislich politisch Verfolgter oder als Tourist.

Der Umbau Europas zur Festung hat dazu geführt, dass die illegale Migration überhandnahm und offizielle Antragsteller das Nachsehen haben. Man mag Außenminister Sebastian Kurz für seine Vorschläge kritisieren, aber er hat ein heißes Eisen angepackt und nimmt dafür auch Fehden in Kauf. Die Zeit für die bisherige weltfremde Politik läuft aus. Ansonsten kommen nur die Stärksten durch, womit wir wieder bei Schäubles Inzucht wären. Damit wollen Hippies aber sicher nichts zu tun haben.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON SIBYLLE HAMANN



„Du Opfer!“ ist keine Beleidigung mehr, sondern ein Ehrentitel

Verantwortung übernehmen, stark sein? Einst kennzeichnete das rechte Weltanschauungen. Heute aber fühlt man sich in der Opferrolle viel wohler.

Es ist noch gar nicht so lange her, da wollten Menschen, die etwas auf sich hielten, um jeden Preis verhindern, als Opfer dazustehen. Souverän musste man wirken. Den anderen zeigen, dass man das Gesetz des Handelns in der Hand hält. Wenn einen etwas kränkte, lautete die Devise: Sich nur ja nichts anmerken lassen. Denn wer anderen verrät, an welcher Stelle es besonders wehtut, macht sich für die nächste Kränkung gleich noch viel verwundbarer. „Du Opfer“: Das war das beste Schimpfwort am Schulhof. Die ultimative Demütigung.

Das Opfer-Wort eignete sich trefflich als Unterscheidungsmerkmal zwischen den Weltanschauungen. Links dachte man eher in gesellschaftlichen Kategorien, und sagte „Opfer“, wenn man das Verhalten Einzelner erklären, rechtfertigen wollte. Sozialarbeiterisch gedacht, ist ein Täter immer auch Opfer von Umständen – seiner Herkunft, seiner Lebensumstände, seiner materiellen Not.

Ja, gibt es denn überhaupt keine Eigenverantwortung mehr? lautete da, oft zurecht, die entgeisterte Frage von liberaler oder konservativer Seite. Hier glaubte man lieber an das selbstbestimmte Individuum, das für die Folgen seiner Entscheidungen geradesteht.

Auch der Feminismus verwendete das Wort eine Zeitlang gern. Frauen seien Opfer systematischer Diskriminierung, lautete das Mantra der 1970er-Jahre. Sie seien materiell benachteiligt, würden absichtlich an der Entfaltung gehindert, seien Opfer sexueller und körperlicher Gewalt. „Opferfalle“, höhnte man daraufhin von antifeministischer Seite. „Nehmt euer Schicksal doch selbst in die Hand, statt euch klein zu machen!“

Ähnlich verliefen die Debattenfronten, wenn es um weltpolitische Zusammenhänge ging. Die armen Länder seien Opfer von Kolonialismus, Ausbeutung und hegemonistischem westlichen Denken – all das wurde von links leidenschaftlich begründet und von rechts mindestens ebenso leidenschaftlich bestritten.

Zu Beginn des Jahrtausends jedenfalls war das Narrativ von der Eigenverantwortung noch dominant. Man wollte

seines Glückes Schmied sein und sich für die eigenen Erfolge loben lassen. Wer sich selbst „Opfer“ nannte, war ein unattraktiver Loser.

Heute muss man staunend feststellen: Das hat sich um 180 Grad gedreht. Wo man auch hinschaut – bei Demonstrationen, bei Wahlen, in gesellschaftspolitischen Debatten – es herrscht ein wahres Griss darum, sich selbst zum Opfer zu stilisieren. Ein Wettbewerb des Unterdrücktheits ist entstanden. Wer leidet mehr? Wer fühlt sich gefährdeter als der andere? Verletzungen werden nicht mehr tapfer verborgen, sondern offensiv in jeder Kamera zur Schau gestellt, samt Krokodilstränen, seien sie echt oder gespielt. Wer die größeren Kränkungen vorweisen kann, hat gewonnen.

Interessanterweise haben sich dabei links und rechts diametral verdreht. Nicht die ärmsten Schlucker, die schwächsten Mädchen, die diskriminiertesten Minderheiten sind heute die größten Opfer, sondern immer mehr wohlhabende, laute, starke, erwachsene Männer aus der Mitte der Gesellschaft. Je dominanter sie werden, je mehr Macht sie bekommen, je eher sie anderen ihre Regeln aufzwingen, desto mehr Mitleid fordern sie ein, und desto wehleidiger werden sie.

FPÖ, AfD und Pegida haben es in der Disziplin des Opferseins zu wahrer Meisterschaft gebracht. So schnell kann man gar nicht schauen, schon sind sie wieder Opfer irgendwelcher Umstände geworden: der Wähler, des Establishments, der Behörden, der Medien, der Gerichte – Opfer finsterner Mächtschäften und Verschwörungen. Auf Schritt und Tritt fühlt man sich ungerecht behandelt. Nebeneffekt: Wer sich als Opfer sieht, fühlt sich berechtigt, mit allen Mitteln zu kämpfen. Weil es – aus der Opferperspektive – ja Notwehr ist.

„Du Opfer!“, Nein, als Beleidigung funktioniert dieser Spruch längst nicht mehr. „Ja, ich bin ein Opfer“, wird heute die häufigste Antwort sein, „und das mit großem Vergnügen!“

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Sibylle Hamann ist Journalistin in Wien.
Ihre Website: www.sibyllehamann.com

Morgen in „Quergeschrieben“:
Rudolf Taschner

– das wäre der beste Beitrag für eine positive EU-Stimmung! Danke!

Anja Rabitsch, 1160 Wien

Demokraten immer mehr in der Defensive

„Wiener Polizei verteidigt Waffeneinsatz“ von Andreas Wetz, 13. 6. Die Zahl rechtsextremer Straftaten nimmt zu. Terroristen, Amokläufer mit Nazi-Hintergrund werden gern als Einzeltäter dargestellt. Das erste Flüchtlingsheim ist abgebrannt. Rechte Rabauken können Theater und Hörsäle stürmen und unbehelligt wieder verlassen. Die gleichen Faschisten missbrauchen das Demonstrationsrecht, wobei die Polizei mit Pfeffersprays hauptsächlich auf die linken Demonstranten losgeht.

Die FPÖ unterstellt den Behörden Wahlbetrug bei mehr als 30.000 Stimmen. Demokratie und Rechtsstaat werden schamlos ausgenutzt. Wir steuern auf die Zustände der 1930er-Jahre zu. Wo bleibt die demokratische und pro-

gressive Gegenwehr? Das Dilemma: Da sich die Demokraten an die politischen Spielregeln halten, befinden sie sich zwangsläufig in der Defensive.

Dr. Heinz Högelsberger, 1190 Wien

Vollziehung des Rechts nicht Aufgabe der Kirche

„Mildtätigkeit ohne Politik ist keine Lösung“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 13. 6.

Bravo! Danke für das Zitat des afrikanischen Kurienkardinals Turkson zu den verheerenden Folgen der Auswanderungen. Hauptforderung ist daher das ernsthafte Bemühen aller um Lösungen „vor Ort“. Danach ziehe ich für uns zwei Konsequenzen:

1. Wir – die Bürger der EU – müssen alle, die im Schengen-Raum leben, menschlich und rechtsstaatlich behandeln.

2. Wir – die Bürger der EU – müssen alles dransetzen, die gemeinsame Außengrenze gemeinsam zu kontrollieren (und, sofern das nicht geschieht, zwischenzeitlich

für die Kontrolle der eigenen Staatsgrenzen sorgen).

Caritas – Agape – Nächstenliebe ist die Kernbotschaft des Christus; die Organisation Caritas ist ihr operatives kirchliches Instrument. Ihr widme ich als katholischer Christ 1,2 Prozent meines Einkommens und 20 Prozent meiner „aktiven“ Zeit. Es ist mein Beitrag zu Punkt 1. Punkt 2 kann nur politisch gelöst werden.

Ich bin vor allem den Ministern Kurz und Doskozil dankbar für ihre mutigen Beiträge zur Vollziehung des Fremdenpolizeigesetzes, des Asylgesetzes und der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Die Vollziehung ist nicht Aufgabe meiner Kirche.

DI Dr. Helmut Hubeny, 1040 Wien

Haben den Reichtum der Welt nicht gepachtet

Die Verteidiger des christlichen Abendlandes hören in der Sonntagsmesse gern das Evangelium. Aber danach zu handeln fällt halt uns allen schwer. Und so darf Hans

Winkler jene Repräsentanten der Kirchen kritisieren, die uns unangenehmerweise die Radikalität des Neuen Testaments als Maßstab für unser Handeln nahelegen.

Auch Gutmenschen ist klar, dass Europa nicht die ganze Welt retten kann und dass sich auch unter Flüchtlingen böse Menschen finden. Ich würde mir jedoch von den „Schlechtmenschen“ (wollen sie so genannt werden?) auch die Einsicht wünschen, dass wir auf Dauer nicht all den Reichtum der Erde für uns gepachtet haben. Und von Politikern wünsche ich mir ein Engagement nicht nur bei Verteidigung unserer wohlverworbenen(?) Rechte durch Errichten von Grenzsperrern, sondern wesentlich auch bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern, die die Flüchtlinge verlassen.

Ein Anfang wäre, wenn man es den Waffenproduzenten schwerer machte, die Krisenherde zu beliefern. Wo bleibt in Analogie zur Bankensteuer die Waffensteuer? Auf Dauer werden wir den Wohlstand ein wenig mehr mit anderen

teilen müssen. Politik ohne Mildtätigkeit ist auch keine Lösung.

Dr. Reinhard Kürsten, 1010 Wien

Wächter der Demokratie?

„Anfechtung mit Smiley und ORF“, von Philipp Aichinger, 11. 6. Eine einfache Frage an die Herren Böhmendorfer, Strache, Hofer: Hätten Sie im Falle eines Wahlsieges von Norbert Hofer die Wahl auch angefochten?

Mag. Ilse Hartmann, 2345 Brunn/Geb.

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.